



Betr.: Reduktion der städtischen
MitarbeiterInnen

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Wilhelm Kolar
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. März 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Über den Wert der Daseinsvorsorge bzw. die Notwendigkeit, sie im Verantwortungsbereich der öffentlichen Hand zu belassen, wurde in diesem Haus schon zu vielen Anlässen gesprochen. Denn es war in der Vergangenheit nicht immer Usus, die Daseinsvorsorge als einen öffentlichen Auftrag erkennen zu wollen.

Doch nicht zuletzt die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise führt einmal mehr vor Augen, dass im Interesse einer funktionierenden Grundversorgung der Bevölkerung die Daseinsvorsorge durch die öffentliche Hand jene größtmögliche Versorgungssicherheit gewährleistet, die von den Menschen zurecht erwartet wird. Auch, und das darf ich an dieser Stelle explizit betonen, weil die Leistungen der städtischen Bediensteten auf allen Ebenen von hoher Qualität und Leistungsbereitschaft und absoluter Verlässlichkeit getragen sind. Wie im Übrigen auch von der Regierungsbank aus immer wieder betont wird.

Als ein kleines Beispiel dafür – und abseits der Daseinsvorsorge – möchte ich nur an den Reinigungsbereich und die schlechten Erfahrungen mit der Privatreinigung in Kindergärten und im Bauamtsgebäude erinnern. Beides war relativ bald wieder in den Magistratsbereich „zurückgeholt“ worden, weil die Qualität nicht den Erwartungen entsprach und keine finanziellen Vorteile durch die Fremdvergabe erreicht wurden. Umso befremdender ist ja, dass jetzt schon wieder eine Fremdvergabe im Reinigungsbereich durchgeführt wird. Und zwar an drei Schulen – also einem ähnlich sensiblen Bereich wie die Kindergärten.

Und diese schleichende Privatisierung im Reinigungssektor nährt natürlich auch die Befürchtungen, dass die im schwarzgrünen Papier namens „Graz neu ordnen“ angepeilte Ausgliederung der Daseinsvorsorge Richtung Stadtwerke AG sprich Graz AG nicht nur eine Gefährdung bestens funktionierender Strukturen darstellt, sondern der Beginn einer Teilprivatisierung werden könnte. Warum diese Befürchtungen bestehen?

Nun, von Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker wurde im Zuge der Präsentation dieses Papiers auch betont, dass man zwar von Massenkündigungen absehe, man sich von dieser „Umstrukturierung“ die Einsparung von rund 700 Dienstposten erwarte – bei einer Gesamtzahl von 7000 im „Unternehmen Graz“ wäre diese zehnpromtente Personalreduktion laut Bürgermeister-Stellvertreterin Rücker machbar.

Die Botschaft hören wir wohl, allein – es fehlt der Glaube, was die Machbarkeit betrifft. Denn im Magistrat Graz wurde nicht zuletzt im Zuge der „Aufgabenkritik“ und des Projektes F.A.I.R., die ja einen Schwerpunkt des Budgetkonsolidierungsweges der vergangenen Periode ausmachten, der Dienstpostenplan konsequent überarbeitet. Ich nenne nur ein Stichwort: strukturbedingte Pensionierungen. Und ich wage schlichtweg zu bezweifeln, dass das Leistungsangebot der Stadt im gegenwärtigen Ausmaß aufrecht erhalten werden kann, wenn das Personal um zehn Prozent reduziert wird. Denn wie wir in jüngster Zeit etwa im Jugendamt, aber auch im Sozialamt gesehen haben, ist die Personaldecke bereits derart ausgedünnt, dass Aufgaben nur noch unter größten Schwierigkeiten erfüllt werden können. Denken Sie bitte an den Hilferuf von Stadtrat Eisel-Eiselsberg, der über eine dramatische Unterbesetzung etwa der Sozialarbeit im Jugendamt geklagt hatte.

Dasselbe gilt im Übrigen auch für die Graz AG, die in den vergangenen Jahren von einer Reihe von Betriebsberatern sehr genau unter die Lupe genommen wurde und dabei keine Personalüberbestände festgestellt wurden. Infora, Trigon, Ramsauer-Stürmer und Price-Waterhouse-Cooper haben die Stadtwerke durchleuchtet und dem Unternehmen eine hervorragende Kosten-Nutzen-Struktur bescheinigt: Die Graz AG ist unter Österreichs Top 40-Unternehmen an dritter Stelle und gilt als vorbildhaft. Und die Gewerkschaft auch schweren Herzens, aber im Sinne unseres Verständnisses der Gesamtverantwortung, Kollektivvertragsänderungen zugestimmt hatte. Wenn man weiß, dass ein Großteil der MitarbeiterInnen im weiten Feld der Daseinsvorsorge tätig ist und diese Bediensteten alles andere als unterbeschäftigt sind, kann man sich nur wundern, wie insgesamt rund 700 MitarbeiterInnen und Mitarbeiter eingespart werden sollen.

Mit Magistrat und Graz AG reden wir also über zwei Bereiche, die weit über die Grenzen der Stadt hinaus für ihre schlanken, effizienten Strukturen bekannt sind, die andernorts als Vorbilder gelten. Da wird es nicht möglich sein, zehn Prozent an Personal über die vielzitierten Synergieeffekte einzusparen: Es sei denn, jemand ist der Meinung, es reicht beispielsweise ein Fahrer für zwei Müllautos. Deshalb kommt es auch nicht von ungefähr, dass die von Kollegin Rücker genannte Zahl von 700 einzusparenden Dienstposten zur Sorge Anlass gibt, dass in Zukunft manche Leistungen – auch und vor allem im Bereich der personalintensiven Daseinsvorsorge – von „Dritten“ erledigt werden. Im Klartext: Dass die Ausgliederung nur Wegbereiter für eine (Teil)Privatisierung, etwa durch Hereinnahme von strategischen Partnern, sein könnte, um dieses von Frau Bürgermeister-Stellvertreterin angesprochene Ziel des Abbaus von 700 Beschäftigten im Unternehmen Graz zu erreichen.

Wobei ich mir eine Bemerkung erlaube: Wenn in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit als Primärziel der Politik der Abbau von Arbeitsplätzen genannt wird, frage ich mich schon, wo die soziale Verantwortung bleibt. Denn hinter jedem Arbeitsplatz weniger steckt ein Schicksal – das Schicksal eines Menschen, der vergebens einen Arbeitsplatz sucht, das Schicksal seiner Kinder, seiner Familie. Politik auf den Abbau von

Arbeitsplätzen zu reduzieren heißt, sich auf die Ebene neoliberalen Managements zu begeben!

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister

die Anfrage,

ob du bereit bist, dem Gemeinderat darüber Auskunft zu geben, auf welchen Berechnungen die angepeilte Reduktion um 700 Arbeitsplätze im „Unternehmen Graz“ beruht und welche Arbeitsplätze in welchen Bereichen durch das schwarzgrüne Projekt „Graz neu ordnen“ konkret abgebaut werden sollen?



Betr.: Bezirksbudgets - Jährliche Anpassung an den
aktuellen Bevölkerungsstand

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Mag. Gerald Haßler
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. März 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Seit der Umstellung der Berechnungsbasis von der Volkszählung auf das zentrale Melderegister gibt es für die Stadt mehr Geld aus dem Finanzausgleich. Rund 16 Millionen Euro mehr landen seit dem Vorjahr dadurch in der Stadtkasse.

„Einen Stock tiefer“, auf Bezirksebene, merkt man von diesem Geldsegen leider nichts, da für die Bezirksbudgets immer noch die Volkszählung 2001 gilt. Denn gegenüber den Bezirken ist das Rathaus knauserig. Pro EinwohnerInnen bekommt jeder Stadtbezirk 60 Cent jährlich für sein Bezirksbudget. Beispiel Straßgang: 12.212 EinwohnerInnen füllen das Bezirksbudget heuer mit 7.327,20 Euro. Aber: Die dieser Summe zugrunde liegende EinwohnerInnenzahl stammt noch von der Volkszählung 2001 – aktuell hat Straßgang 13.351 EinwohnerInnen. Würde nach Adam Riese 8.010,60 Euro ausmachen. Der Finanzstadtrat hat zwar für die aktuelle EinwohnerInnenzahl das Geld aus dem Finanzausgleich erhalten, diese Mehreinnahmen gibt er aber nicht weiter. Für Straßgang bedeutet das, dass die BewohnerInnen eigentlich 683,40 Euro mehr fürs Bezirksbudget erhalten müssten. Von der Inneren Stadt bis Puntigam gibt es keinen einzigen Stadtbezirk, in dem gegenüber 2001 die Bevölkerungszahl nicht gewachsen wäre. Das „Körpergeld“, das Finanzstadtrat Rüscher unter dem Strich den Bezirken vorenthält umfasst für das Jahr 2009 immerhin 17.188,80 Euro. Das klingt nach wenig – aber wenn man bedenkt, mit welchen geringen Mitteln man auf Bezirksebene auskommen muss, ist das für die Bezirksvorstehungen, die mit stetig wachsenden Unterstützungsansuchen für Bezirksprojekte konfrontiert sind, sehr, sehr viel. Uns geht es um Gerechtigkeit gegenüber den Bezirken, um ein Zeichen für die ohnehin nicht gerade besonders forcierte Bezirksdemokratie. Denn auf der einen Seite wird das Prestigeprojekt „Zeit für Graz“ mit Geld „überhäuft“, andererseits bekommen die Bezirke nicht einmal das, was ihnen zusteht!

Daher stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

Sind Sie bereit dafür Sorge zu tragen, dass spätestens ab dem Jahre 2010 die Bezirksbudgets auf Basis der jeweils aktuellen Bevölkerungszahl laut zentralem Melderegister dotiert werden?



Betr.: Gas-Bonus

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Gemeinderätin Mag. Susanne Bauer
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. März 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Gaspreiserhöhung Ende vorigen Jahres wurde ausgehend von unserem Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves durch einen Gas-Bonus für die Haushalte abgedeckt. Die Stadt Graz hat ebenfalls zugesagt, die Gaspreiserhöhung für die Haushalte in Graz, deren Jahresverbrauch maximal 30.000 kWh beträgt – bonusfähig bis zu einem Verbrauch von 20.000 kWh -, finanziert je zur Hälfte von Stadt und Land, durch einen Gas-Bonus abzufedern.

In diesem Zusammenhang tun sich jedoch mehrere Fragen auf, wie und wann der Gas-Bonus schlussendlich bei den KonsumentInnen auch ankommt.

- Sind beispielsweise Hausverwaltungen verantwortlich, den tatsächlichen Gasverbrauch der einzelnen Haushalte zu ermitteln und an den Gaslieferanten zu melden, um schlussendlich zur Gutschrift zu kommen?
- Oder müssen sich Mieter und Eigentümer an ihre Hausverwaltung wenden oder gar an ihren Gaslieferanten?
- Bei Mehrfamilienhäusern, die in Privateigentum stehen – wie erfolgt hier Beantragung und Gutschrift?
- Wie schaut es aus bei Zweifamilienhäusern mit nur einer gemeinsamen Gasabrechnung?
- Wo können sich KonsumentInnen für die Beantragung informieren?
- Wann wird der Gas-Bonus gutgeschrieben?
- Und schlussendlich mit welcher Anzahl an Gutschriften wird gerechnet und wird der budgetäre Voranschlag der Stadt Graz reichen?

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Hr. Bürgermeister,

die Anfrage,

wann erhalten wie die KonsumentInnen die Gutschrift zum Gas-Bonus?



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Betr.: Park&Ride-Parkplatz Webling

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Klaus Eichberger
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. März 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Seit dem Jahr 2002 ist der katastrophale Zustand des öffentlichen Park&Ride-Parkplatzes Webling bekannt. Die fehlende Infrastruktur (Bänke, Unterstände, Fließwasser, WC-Anlagen, Beleuchtung...) sowie der verschmutzte und heruntergekommene Zustand dieser sinnvollen und von vielen AutofahrerInnen genutzten Gratis-Abstellfläche ist eine Schande für die Stadt Graz. Einerseits werden (erfreulicher Weise) Millionen Euro in die Neuinstallierung von P&R-Anlagen investiert, andererseits verkommt dieser Parkplatz.

Nachdem du mir, sehr geehrter Herr Bürgermeister im Februar 2007 - also vor mehr als 2 Jahren (!) - schriftlich mitgeteilt hast, „dass der Neugestaltungsentwurf im Jahr 2004 im Zuge der örtlichen Begehung im Rahmen der StVO-Verhandlung die Zustimmung fand und festgehalten wurde, dass eine Umsetzung ehebaldigst erfolgen soll“, stelle ich namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs an dich,

sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

ob du bereit bist, auf die zuständigen Abteilungen einzuwirken, dass dieser P&R-Parkplatz endlich eine zeitgemäße Ausstattung erhält.

Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus

Telefon 0316 / 872-2163
Telefax 0316 / 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Anfrage an Bürgermeister Siegfried Nagl
eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 19.3.2009 von
Gemeinderätin Sigi Binder

Betrifft: ECE, Auflassung von Traungauergasse und Niesenbergergasse vom öffentlichen Gut

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im Vertrag zwischen der Stadt Graz und der ECE Europa Bau- und Projektmanagement GmbH wurde die Verbauung der Traungauergasse und der Niesenbergergasse durch ein privates Unternehmen gestattet sowie der Tausch von Grundstücken fixiert.

Dazu bedarf es jedoch der Auflassung der Traungauergasse und der Niesenbergergasse vom öffentlichen Gut in freies Gemeindevermögen.

Ein entsprechendes GR-Stück, mit dem der Wechsel von öffentlichem Gut in privates Gemeindevermögen beschlossen worden wäre, gibt es meines Wissens jedoch nicht.

Frage 1: Welche rechtlichen Konsequenzen hat dies für die Gültigkeit des Vertrages? Nun stellt der StRH-Bericht zu ECE fest, dass durch den Tausch zwischen Stadt Graz und ECE betreffend Traungauergasse und Niesenbergergasse die Stadt Graz im Nachteil ist: Der Wertausgleich aufgrund wechselseitiger Übertragungen von benötigten Grundstücksflächen im Zuge der Projektrealisierung beträgt rund 700.000,- Euro zugunsten von ECE.

Gemäß § 78 Statut ist „das Vermögen der Stadt Graz in seinem Gesamtwert ungeschmälert zu erhalten“ und darf daher durch einen Tausch nicht geschmälert werden.

Frage 2: Wie ist der ECE-Vertrag mit dem Statut der Stadt Graz vereinbar?

Gemäß § 8 Abs. 3 Stmk. Landesstraßenverwaltungsgesetz erfolgt die Auflassung einer Gemeindestraße durch Verordnung der Gemeinde. Durch die Auflassung darf das Recht der AnwohnerInnen auf Wahrung des Zuganges nicht beeinträchtigt werden (§ 8 Abs 5 leg. cit.). Eine Auflösung ist insbesondere dann gesetzwidrig, wenn als Alternative nur ein für öffentlich erklärter Privatweg zur Verfügung steht.

Frage 3: Wie ist der ECE-Vertrag mit dem Stmk. Landesstraßenverwaltungsgesetz vereinbar?

Es sprechen demnach mehrere Punkte gegen den ECE-Vertrag.

Frage 4: Welche Auswirkungen haben diese Punkte auf den Vertrag der Stadt mit ECE und wie werden Sie als verantwortungsvoller Bürgermeister nun vorgehen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

19. März 2009

ANFRAGE

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betr.: Baumschutzverordnung und Friedhöfe

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Grüne Lungen, grüne Oasen sind gerade in einer feinstaubbelasteten Stadt wie Graz äußerst notwendig. Dazu zählen nicht nur Parkanlagen und Heimgärten, sondern auch Friedhöfe. Der Schutz von Bäumen auch in - kirchlich geführten - Friedhöfen ist daher eine notwendige Angelegenheit, die auch Aufgabe der Stadt ist.

In der Grazer Baumschutzverordnung sind Friedhöfe allerdings explizit von den Schutzbestimmungen ausgenommen.

Daher ist es möglich, dass – beispielsweise am St. Peter Friedhof – Bäume gefällt wurden bzw. gefällt werden sollen, die weder erkrankt noch von Borkenkäfern befallen sind. Konkret handelt es sich u. a. um eine Fichte mit einem Umfang von 2,60 m und eine Eiche mit einem Umfang von drei Metern.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass auch Bäume in Friedhöfen künftig von der Baumschutzverordnung der Stadt Graz erfasst werden?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159

Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, 19. März 2009

Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Integrationsplätze in den städtischen Kindereinrichtungen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Vor Kurzem wurde ich von einer Frau kontaktiert, die für ihren 3 ½ jährigen Sohn, der zu 55% hörbehindert ist, einen Kindergartenplatz sucht, da sie wieder ihrem Beruf nachgehen möchte. Das setzt jedoch voraus, dass dieses Kind eine spezielle Förderung erhalten muss und entsprechend qualifizierte Kinderpädagoginnen zur Verfügung stehen. Ihr wurde mitgeteilt, dass es im Kindergarten in der Gaswerkstraße 4 Plätze und in der Panoramagasse 2 Plätze geben würde und zur Zeit keine Möglichkeit bestehe, ihn aufzunehmen.

Deshalb stelle ich namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind sie bereit, die zuständigen Stellen anzuweisen, dem Sachverhalt nachzugehen, Bedarfserhebungen bezüglich erforderlicher Integrationsplätze in den städtischen Kindereinrichtungen zu veranlassen und gegebenenfalls für eine Verbesserung der Situation für Kinder mit besonderen Bedürfnissen zu sorgen?

Klubobmann Armin Sippel

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

Graz, 19.03.2009

Betr.: **Reininghausgründe, Beratungsgremium** ; mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister !

In der heutigen Gemeinderatssitzung wird das Stadtentwicklungskonzept Graz Reininghaus basierend auf der aktuellen Bevölkerungsprognose zu diskutieren sein. Die geplanten Maßnahmen stellen für unsere Stadt eine große Chance dar, bergen aber auch erhebliche Gefahrenpotentiale in sich. Im Zuge der vergangenen Informationsveranstaltungen habe ich vermehrt den Wunsch geäußert, auch jene Fraktionen im Gemeinderat, die nicht der schwarz-grünen Rathauskoalition angehören, verstärkt in den Planungsprozess einzubeziehen.

Tatsächlich werden nämlich die schönsten Informationsveranstaltungen zur Farce, wenn letztendlich nur Maßnahmen präsentiert werden, die ausschließlich hinter verschlossenen Türen beschlossen wurden. Dann wird nämlich in der Folge nur die vollendete Tatsache zur demokratischen Pseudobehandlung dem Gemeinderat vorgelegt. Bei Asset One bin ich mit meinen Einwendungen auf offene Ohren gestoßen. In gegenständlichem Gemeinderatsstück wird darauf verwiesen, dass der Unterausschuss des Gemeindeumweltausschusses anlassbezogen, jedoch periodisch mit dem wesentlichen Projektfortschritt befasst wird.

Ich vertrete allerdings die Ansicht, dass ein Projekt dieser Größenordnung, bei dem sich unsere Stadt ja auch zu erheblichen Leistungen verpflichtet, von politischer Seite mit größerer Transparenz behandelt werden muss.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

Anfrage:

Sind Sie bereit ein Gremium zu schaffen, das von allen Grazer Gemeinderatsfraktionen beschickt und in den Planungsprozess rund um das Projekt Graz - Reininghaus /Asset one permanent einbezogen wird ?

Klubobmann Armin Sippel

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

Graz, 19.03.2009

Betr.: Hausbesetzungen in Graz-klare Absage ; mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister !

In der vergangenen Woche kam es in Graz zum wiederholten Male zu einer Hausbesetzung, wobei die Besetzer ihre redundante Forderung nach einem autonomen Jugendzentrum verlautbarten. Im letzten Jahr wurden bei einem ähnlichen Vorfall Gespräche mit Vertretern des Grazer Stadtsenates geführt, die allerdings ergebnislos verliefen.

Leider wurde und wird in Zusammenhang mit diesem Thema der Aspekt der Gesetzwidrigkeit beinahe verschwiegen.

Es ist aber eine Tatsache, dass bei einem derartigen Vorgehen fremdes Eigentum missachtet und beschädigt wird. Der Eigentümer wird, wenn auch vorübergehend, an der freien Verfügung über sein Eigentum gehindert. Nach meiner Beurteilung der Sachlage sind die Dimensionen einer einmaligen Aktion zur politischen Sensibilisierung im Laufe der fortgesetzten Hausbesetzungen schon lange überschritten worden, zumal nur naive Träumer bestreiten können, dass hinter dem aufgezeigten Vorgehen der Hausbesetzer ein systematisches und geplantes Vorgehen steckt.

Seitens der verantwortlichen Stadtsenatsreferenten sind bisher allerdings klare Worte zu diesem Thema unterblieben. Es erscheint mir aber höchst an der Zeit in dieser Angelegenheit deutliche Worte zu finden und den Verantwortlichen dieser Hausbesetzungen und ihren Forderungen von politischer Seite eine klare Absage zu erteilen.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister nachstehende
Anfrage:

Sind Sie bereit in Ihrer Eigenschaft als Bürgermeister der Stadt Graz zum Thema Hausbesetzungen eine klare Position einzunehmen, und im Zuge dessen darzulegen, dass sich die Stadt Graz mit gesetzeswidrigen Methoden nicht erpressen lässt?

Gemeinderat Christoph Hötzl

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

Graz, 19.03.2009

Betr.: **Unterstützung von Lehrlingen** ; mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister !

Von den aktuellen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise ist leider auch die heimische Jugend besonders betroffen. Die aktuellen Zahlen betreffend die Jugendarbeitslosigkeit in der Steiermark lassen in Hinblick auf die zu erwartende Entwicklung nichts Gutes erahnen.

Als wirksame Gegenstrategie ist nach wie vor eine gute und solide Ausbildung zu betrachten. Dazu müssen aber einerseits entsprechend Lehr- und Ausbildungsstellen vorhanden sein und andererseits auch die notwendigen Qualität sichernden Maßnahmen eingeleitet werden.

Ich stelle daher namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende **Anfrage**:

Welche Maßnahmen wurden angesichts der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise seitens der Stadt Graz in Verbindung mit dem Land Steiermark gesetzt um im Großraum Graz Lehr- und Ausbildungsstellen zu sichern bzw. solche überhaupt neu zu schaffen, welche Maßnahmen sind Planung und wie werden Sie sich als Bürgermeister der Stadt Graz in diesen Prozess einbringen?

Gemeinderätin **Ingrid Benedik**

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

Graz, 19.03.2009

Betr.: **Kindergartenplätze** ; mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister !

Als die Steiermark als eines der drei ersten Bundesländer Österreichs den Gratiskindergarten eingeführt hat, stieß diese Entscheidung auf breite Zustimmung. Allerdings wurde schon zu Beginn von Expertenseite gewarnt, dass die Umsetzung dieser Maßnahme logistisch genau geplant werden müsste. Berufstätige, besonders alleinerziehende, Mütter stehen nach Ablauf ihrer Karenzzeit vor dem Problem, dass während des laufenden Kindergartenjahres nahezu kein Kindergartenplatz zu bekommen ist. Wenn Mütter bspw. über das AMS an einen Arbeitsplatz vermittelt werden, so wird ihnen die Möglichkeit angepriesen, sich mit der Kinderdrehscheibe in Verbindung zu setzen, welche kurzfristig für einen Kinderbetreuungsplatz sorgen soll. Leider sieht die Realität aber ganz anders aus. Die gegenständliche Einrichtung ist total überfordert und zumeist auch außer Stande für einen entsprechenden Betreuungsplatz zu sorgen, da weder ausreichend Kindergartenplätze noch Tagesmütter zur Verfügung stehen. Hier fragen sich viele Mütter zu Recht, warum der Gratiskindergarten derart vollmundig angekündigt wurde, wenngleich de facto keine Plätze zu bekommen sind. Wenn die ausreichenden Ressourcen nicht zur Verfügung stehen, hilft es wenig, wenn diese im Falle des Vorhandenseins gratis wären. Es ist daher dringend notwendig, die heimischen Kinderbetreuungsstätten auszubauen und die Ausbildung von Tagesmüttern zu fördern um in Zukunft Engpässe zu vermeiden. Zusätzlich soll es für berufstätige Mütter einen verbindlichen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz geben. Derartige Maßnahmen bedürfen aber zu ihrer Umsetzung auch einer entsprechenden politischen Begleitung. Hier kann die Stadt Graz nicht aus der Pflicht genommen werden, wenn es darum geht entsprechende Forderungen bei Bund und Land durchzusetzen.

Da bisher durch den entsprechenden Stadtsenatsreferenten keine Verbesserung der Lage erzielt werden konnte, vertrete ich nun die Meinung, dass die Dringlichkeit dieser Angelegenheit keinen weiteren Aufschub duldet. Vielmehr erachte ich es als notwendig, dass in gegenständlicher Sache unbürokratisch und unverzüglich seitens der Stadt gehandelt wird. Damit aber dieses Thema nicht, als Folge diverser Anträge, erst in verschiedenen Ämtern erörtert werden muss, wende ich mich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs mit nachfolgender **Anfrage** direkt an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister:

Sind sie bereit in Ihrer Eigenschaft als Bürgermeister der Stadt Graz beim Land Steiermark wie auch bei den entsprechenden Stellen des Bundes auf den dringenden Handlungsbedarf in gegenständlicher Angelegenheit hinzuweisen und im Zuge dessen entsprechende Maßnahmen bei Bund und Land einzufordern?

eingbracht am: 19.03.2009



ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung

des Gemeinderates Georg Schröck
an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl
betreffend die Problematik im Schlossberg Stollen-Durchgang

Der Schlossberg Stollen-Durchgang vom Schloßbergplatz zum Karmeliterplatz ist nicht nur für uns Grazerinnen und Grazer ein unverzichtbarer Weg von der Innenstadt zum Schloßberg und zu Veranstaltungen im Dom im Berg geworden, er stellt vor allem für viele Besucherinnen und Besucher einen attraktiven Anziehungspunkt dar. Das einzigartige Erlebnis durch das Wahrzeichen der Stadt zu spazieren ist für viele Touristen ein Höhepunkt ihres Graz Besuches und auch für uns Einwohner nach wie vor eine Attraktion.

Umso beschämender in welchem Zustand der Stollen sich derzeit präsentiert. Als direkter Anrainer und häufiger Benutzer muss ich feststellen, dass der Stollen nunmehr fast täglich von Jugendlichen als geschützter Konsumationsraum von Alkoholika benutzt, ja fast schon besetzt wird. Die Spuren dieser Gelage sind überdeutlich im Stollen verstreut und bieten mittlerweile das unappetitliche Bild einer Müllhalde. Auch die Sachbeschädigung einiger Türen ist keine Seltenheit mehr. Viele Benutzer des Stollens haben aus diesen Gründen mittlerweile Angst durchzugehen und immer häufiger fühlen sich auch Touristen von dieser Situation abgestoßen.

Es kann unmöglich im Sinne der Stadt sein, einen in jeder Hinsicht wichtigen Weg wie diesen, zu einem illegalen Treffpunkt für jugendliche Trinker und Randalierer und zu einem Stollen des Abfalls und Drecks verkommen zu lassen.

In diesem Zusammenhang stellt der unterfertigte Gemeinderat der Stadt Graz an den Bürgermeister der Stadt Graz folgende

ANFRAGE

Sind Sie sich der Problematik im Schlossberg Stollen-Durchgang bewusst und wie planen Sie dagegen vorzugehen? Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen um diesen Missstand entgegenzuwirken?

ingebracht am: 19.3.2009



ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte NAbg. Gerald Grosz und Georg Schröck
an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl
**betreffend die Auftragsvergaben der Stadt Graz und der Graz AG an das
Unternehmen „cb.promotion Gesellschaft mbH“**

In diversen Medienberichten wusste Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl von „hohen moralischen Ansprüchen“ - die er an die Stadt Graz und seine Organe richte - zu berichten.

Ursache dieser moralischen Bekenntnisses, war der Vergabeskandal rund um die ehemalige Stadträtin Mag. Eva Maria Fluch.

Wie bekannt, gedenkt Mag. Eva Maria Fluch von ihrem Amt als Stadträtin zurückzutreten. Ein definitiver und somit gültiger Rücktritt ist noch nicht erfolgt, die Stadträtin ist derzeit „nur“ beurlaubt.

Über die Moral wird noch zu reden sein. Im Zusammenhang mit dieser Affäre wurde in diversen Postings in Grazer online-Medien, aber auch in Medienberichten selbst, andeutungsweise über Vorkommnisse berichtet, die den Grazer Gemeinderat - als das Kontrollorgan der Stadtregierung - aus rein rechtlicher Sicht zu interessieren haben und auch entsprechenden Konsequenzen zugeführt werden müssen:

Die Agentur „CB – Promotion“ war die Wahlkampfagentur der Grazer Volkspartei im Gemeinderatswahlkampf 2007/2008 und fungierte als Wahlkampfagentur für die Kärntner Volkspartei im Rahmen der Landtagswahl.

Wie Brancheninsider berichten, soll es sich zumindest beim Grazer ÖVP-Gemeinderatswahlkampf um ein Auftragsvolumen von mehr als 2,5 Millionen Euro an die Firma „cb.promotion Gesellschaft mbH“ gehandelt haben.

Die Höhe der jährlichen Parteienfinanzierung aus Mitteln der Stadt Graz ist bekannt. Jeder weiß, dass mehr als 2,5 Millionen Euro in 5 Jahren unmöglich angespart werden konnten. Also erhebt sich die Frage: „Wie hat die Grazer Volkspartei ihren millionenschweren Wahlkampf finanziert?“

Ein Auszug aus der Auftragsliste der Firma „cb.promotion Gesellschaft mbH“ zeigt die Konzentration der Werberaufträge aus Stadt Graz, der Grazer Volkspartei, der steirischen Volkspartei und VP-geführten Stadt- wie Landesregierungsressorts:

Grazer Volkspartei/Steirische Volkspartei:

Druckwerke für den Gemeinderatswahlkampf Graz 2008

Kunde: Grazer Volkspartei

Werbemittel-Wahlkampf 2008 Grazer Volkspartei

Kunde: Grazer Volkspartei

Exit-Polls-Umfrage: Grazer Volkspartei

Kunde: Die Grazer Volkspartei

Kreuzungspromotion "Schönen Urlaub 2007"

Kunde: Die Grazer Volkspartei

Kinderbetreuungsbrochure "Wir schauen drauf"

Kunde: Steirische Volkspartei und Grazer Volkspartei

Energiesparbuch

Kunde: Steirische Volkspartei/Die Grazer Volkspartei

Stadtparteitag der Grazer Volkspartei

Kunde: Grazer Volkspartei

Grazer Schloßbergfest

Kunde: Grazer Volkspartei

Ostereiersuche

Kunde: Die Grazer Volkspartei

Dienstalk

Kunde: Steirische Volkspartei

Meinungsumfrage für die Website der ÖVP

Kunde: Steirische Volkspartei

Stadt Graz:

Informationsfolder "Parkzonen in Graz"

Kunde: Stadt Graz - Parkraumservice

Die bewegte Stadt

Kunde: Stadt Graz – Sportamt

Informationsbrochure Frauenschnitt

Kunde: Stadt Graz – Amt für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung

Wirtschaftsfolder

Kunde: Stadt Graz – Amt für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung

Gründerbox

Kunde: Stadt Graz: Amt für Wirtschaft- und Tourismusedwicklung

Lebensmittelpunkt-Graz Broschüre inkl. Pressekonferenz/PR und Promotion

Kunde: Stadt Graz: Amt für Wirtschaft- und Tourismusedwicklung

Graz AG:

Handygebotskamagne

Kunde: Graz AG – Grazer Stadtwerke

Neue CI „Graz AG“!

Kunde: Graz AG – Grazer Stadtwerke

Land Steiermark:

"Ideen, die gehen" - Wissenschaftskampagne

Kunde: Land Steiermark - Büro Edlinger-Ploder

"Schützenhöfer vs. Schützenhöfer" - Einladung

Kunde: Land Steiermark, Büro LH.-Stv. Hermann Schützenhöfer

Volkskulturkampagne

Kunde: Land Steiermark

„family at work“ – Schulbeginnfest, Jausenbox

Kunde: Amt der Steiermärkischen Landesregierung Fachabteilung 6A Jugend, Frauen, Familie und Generationen

Markt- und Meinungsforschung

Kunde: Amt der Steiermärkischen Landesregierung

Inseratenkampagne

Kunde: Amt der Steiermärkischen Landesregierung

Plakatkampagne, Inseratenkampagne

Kunde: Amt der Steiermärkischen Landesregierung

Inseratenkampagne

Kunde: Amt der Steiermärkischen Landesregierung

Inseratenkampagne

Kunde: Amt der Steiermärkischen Landesregierung

VP-nahe Organisationen und Institutionen:

Erstellung eines Leitfadens für Unternehmer mit dem Wirtschaftsstandort Graz

Imagebroschüre, WIKI

Kunde: Wiki Kinderbetreuungs GmbH

WWT und ECCC-Fachtagung

Kunde: proKopf – Wirtschaftskammer Steiermark

„City Maut – Promotion“

Kunde: Wirtschaftskammer Steiermark/Werbeagentur I-Punkt

Es finden sich aber noch weitere bemerkenswerte Aufträge in der Referenzliste der Firma „cb.promotion Gesellschaft mbH“.

So beauftragte auch die nunmehr in einen Vergabeskandal verwickelte künftige Stadträtin aD Eva Maria Fluch die genannte Werbeunternehmung:

Psst - leise...!!!

Kunde: Stadt Graz - Büro Stadträtin Eva-Maria Fluch

Besonders bemerkenswert ist ein weiterer Kunde der Auftragsliste des Unternehmens:

Geschirrladen" Online-Shop

Kunde: Klammerth

Aber auch die Personalauswahl für den neuen Geschäftsführer des Handelsmarketing Graz durfte die Firma „cb-promotions gmbH“ organisieren.

Personalauswahl Handelsmarketing Graz

Kunde: Stadt Graz

Ein Auftrag der Stadt Hartberg – die nicht zuletzt durch ihr Finanzdesaster unrühmliche Bekanntheit erlangte – sei auch erwähnt.

Personalauswahl Stadtgemeinde Hartberg

Kunde: Stadtgemeinde Hartberg

Auf der Homepage der Firma „cb-promotions gmbH“ finden sich folgende Sätze:

cb.consult betreut die Parteitage, Klubklausuren, Feste und sonstige Veranstaltungen der Grazer Volkspartei. Das bestehende Corporate Design der Grazer Volkspartei wurde weiterentwickelt, um auch nach der Wahl einen starken Auftritt zu signalisieren. Mit Marktforschung und anschließender Analyse in Zusammenarbeit mit dem IFAT(Institut für angewandte Tiefenpsychologie) wurde eine Strategie erstellt und das Wahlprogramm erarbeitet. Zudem übernahm cb.consult während des Wahlkampfes die Pressebetreuung sowie die gesamte Kommunikation nach innen und außen. Promotions, Wahlevents und persönliches Coaching der KandidatInnen zählten zu weiteren wesentlichen Aufgaben der Agentur. Nach dem Wahlsieg der Grazer Volkspartei war cb.consult für die grafische Umsetzung von „Schwarz-Grün“ in Graz verantwortlich.

Geschäftstellenleiter der „cb-promotion gmbH“ in Wien ist übrigens Herr Peter Puller, langjähriger Mitarbeiter der Steirischen Volkspartei und der ÖVP-Bundespartei.

In diesem Zusammenhang stellen der unterfertigen Gemeinderäte der Stadt Graz an den Bürgermeister der Stadt Graz folgende

ANFRAGE

1. Wer beauftragte nachstehende Vergaben an die Firma „cb-promotion GmbH?

Informationsfolder "Parkzonen in Graz"

Kunde: Stadt Graz – Parkraumservice

Personalauswahl Handelsmarketing Graz
Kunde: Stadt Graz

Die bewegte Stadt
Kunde: Stadt Graz – Sportamt

Informationsbroschüre Frauenschnitt
Kunde: Stadt Graz – Amt für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung

Wirtschaftsfolder
Kunde: Stadt Graz – Amt für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung

Gründerbox
Kunde: Stadt Graz: Amt für Wirtschaft- und Tourismusedwicklung

Lebensmittelpunkt-Graz Broschüre inkl. Pressekonferenz/PR und Promotion
Kunde: Stadt Graz: Amt für Wirtschaft- und Tourismusedwicklung

- 2. Wurde über die unter Frage 1 genannten Vergaben bzw. Aufträge der Stadt Graz jeweils eine Ausschreibung durchgeführt?**
 - a) Wenn ja, mit welchem konkreten Inhalt?
 - b) Wie war die Zusammensetzung der Ausschreibekommission?
 - c) Wie lautete jeweils der exakte Ausschreibungstext?
 - d) Welche andere Bieter wurden für diese Aufträge jeweilig eingeladen?
 - e) Wurden der Vergabeausschuss der Stadt Graz involviert? Wenn ja, wann und in welcher Angelegenheit und gab es darüber eine Beschlussfassung?
- 3. Wie hoch waren die für die Stadt Graz zu tragenden Gesamtkosten für die unter Frage 1 genannten Vergaben bzw. Aufträge?**
- 4. Wie hoch waren die für die Stadt Graz jeweilig – geordnet nach Auftrag bzw. Vergabe – zu tragenden Kosten der in der Frage 1 genannten Aufträge bzw. Vergaben?**
- 5. Entspricht die Vorgangsweise bei der Auftragsvergabe der unter Frage 1 genannten Vergaben und Aufträgen den einschlägigen Vorschriften der Stadt Graz?**
- 6. Gibt es außer den unter der Frage 1 genannten Aufträge bzw. Vergaben weitere Aufträge bzw. Vergaben seitens der Stadt Graz an die Firma „cb-promotion GbmH“?**
 - a) Wenn ja, welche?
 - b) In welcher jeweiligen Kostenhöhe?
 - c) Aufgrund welcher Ausschreibung?
- 7. Hat die „cb-promotion GbmH Aufträge und Vergaben seitens der Graz AG (vormals Grazer Stadtwerke AG) erhalten?**
 - a) Wenn ja, wann, zu welchem Zweck und wie hoch ist die jeweilige Auftragssumme?
 - b) Wie hoch ist die Endabrechnung sämtlicher von der Graz AG an die Firma „cb-promotion GbmH“ vergebenen Aufträge und Vergaben?

- 8. Wurden die unter Frage 7 genannten Aufträge ordentlich ausgeschrieben?**
- 9. Hat der Aufsichtsrat über die Vergaben der Graz AG an die Firma „cb-promotion GmbH“ Kenntnis erlangt?**
 - a) Wenn ja, welches Aufsichtsratsmitglieder und wann?